

Die jüngsten Initiativen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, des Forums für Finanzstabilität und der Zehnergruppe

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) und das Forum für Finanzstabilität (FSF) unternahmen im dritten Quartal 2005 eine Reihe von Vorstößen. Ausserdem veröffentlichte die Zehnergruppe (G10) einen Bericht über die Auswirkungen der demografischen Alterung und der Reformen der Rentensysteme auf die Finanzmärkte und die Wirtschaftspolitik, der an ihrem Treffen Ende September zusammen mit anderen Themen diskutiert wurde. In Tabelle 1 ist eine Auswahl dieser jüngsten Entwicklungen dargestellt.

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Der BCBS machte weitere Fortschritte bei der Umsetzung von Basel II. Insbesondere wurden einige Punkte in Bezug auf die Validierung von Portfolios mit niedriger Ausfallrate geklärt, und es wurden Erläuterungen zur fünften quantitativen Auswirkungsstudie veröffentlicht.

Klarstellung zur Validierung von Portfolios mit niedriger Ausfallrate

Die Validation Subgroup (AIGV), eine Untergruppe der Accord Implementation Group des Basler Ausschusses, legte am 5. September den Newsletter *Validation of low-default portfolios in the Basel II framework* vor, als Antwort auf Fragen und Kommentare der Banken zur Validierung von Portfolios mit niedriger Ausfallrate. Darin wird bekräftigt, dass Basel II im Allgemeinen genügend flexibel ist, damit Banken die Mindestanforderungen für den auf internen Ratings basierenden (IRB-)Ansatz bei allen Arten von Portfolios zu erfüllen vermögen; gleichzeitig wird klargestellt, wie Portfolios, bei denen nur wenig Verlustdaten vorliegen, unter dem IRB-Ansatz zu behandeln sind. Der Newsletter gibt eine Übersicht über die verschiedenen Methoden und Instrumente, mit denen der Datenmangel kompensiert werden kann, und unterstreicht die Konsequenzen für die Aufsichtsinstanzen.

Erläuterungen zu QIS 5

Zudem wurden Erläuterungen zur *fünften quantitativen Auswirkungsstudie (QIS 5)* veröffentlicht: Templates des QIS-5-Workbooks, eine Anleitung (basierend auf den Vorversionen vom Juli), ein Fragebogen zur Datenqualität und eine Sammlung von Fragen und Antworten. Während der Aufbau der Workbooks für die QIS-5-Datenerhebung in allen teilnehmenden Ländern

derselbe ist, wird es den nationalen Aufsichtsinstanzen überlassen, die Formulare entsprechend der landesüblichen Praxis anzupassen.

Forum für Finanzstabilität

Das FSF hielt am 8./9. September seine *14. Sitzung in London* ab. Die Mitglieder diskutierten Risiken und Schwachstellen des internationalen Finanzsystems und laufende Bemühungen zur Stärkung seiner Widerstandskraft. Bei dieser Gelegenheit fand zwischen dem FSF und einer Gruppe von Finanzmarktvertretern auch ein Meinungsaustausch über Finanzmärkte und -institute statt. Gesprochen wurde ferner über die Anstrengungen des privaten Sektors zur Stärkung der Finanzstabilität.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen wurden im Grossen und Ganzen positiv beurteilt, und es wurde festgehalten, dass die Finanzsysteme in den vergangenen sechs Monaten einige Schwierigkeiten gemeistert hätten. Es gebe jedoch Sachverhalte, die im Zeitverlauf zu Anspannungen an den Finanzmärkten führen könnten: hohe Ölpreise, tiefe Risikoprämien, niedrige langfristige Zinssätze, vermehrte Engagements in komplexen und illiquiden Produkten, steigende Verschuldung der privaten Haushalte und anhaltende oder zunehmende Haushalts- und Leistungsbilanzungleichgewichte.

Angesichts dieser Entwicklungen wurde es als besonders wichtig erachtet, dass Finanzmarktvertreter, Aufsicht und Entscheidungsträger die Risiken ausreichend mittelfristig betrachten und in erster Linie dafür sorgen, dass Marktdisziplin, Kredit- und Betriebsstandards sowie Risikovorsorge angemessen sind. Während die Finanzinstitute in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte beim Risikomanagement erzielt hätten und die Marktinfrastruktur gestärkt worden sei, deuteten strukturelle Veränderungen der Märkte, die Präsenz neuer Marktteilnehmer, die zunehmende Komplexität der Finanzprodukte und die wichtige Rolle grosser und weitverzweigter Finanzinstitute darauf hin, dass weitere Verbesserungen nötig sind. In diesem Zusammenhang begrüsst das FSF den Bericht der Counterparty Risk Management Policy Group II und sprach sich nachdrücklich für ihre Empfehlungen zur Überprüfung und Verbesserung der Branchenpraxis aus. Die FSF-Mitglieder diskutierten auch vergangene Liquiditätsstörungen an den Märkten und die Lehren, die mit Blick auf mögliche Wiederholungen gezogen werden können, und es wurde betont, welche Bedeutung Stresstests diesbezüglich haben.

Ausserdem befasste sich das FSF mit den laufenden Anstrengungen zur Minderung potenzieller Schwachstellen. Im Zentrum standen hier insbesondere die Konvergenz und der Dialog im Bereich der Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfung, die Fortschritte bei der Umsetzung von Standards und Kodizes sowie bei der Stärkung der Normgebungsverfahren, die Förderung von Verbesserungen an Offshore-Finanzplätzen und die Entwicklung allgemeiner Notfallplanungsgrundsätze. Die FSF-Mitglieder wurden ferner von der internationalen Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (IAIS) über die

Mögliche Quellen von Anspannungen an den Finanzmärkten

Trotz jüngster Fortschritte weitere Verbesserung der Branchenpraxis nötig

Lehren aus früheren Episoden illiquider Märkte

Bestrebungen zur Entwicklung von Aufsichtsrichtlinien in Bezug auf Finanzrückversicherung („finite risk reinsurance“) orientiert.

Am 24. September berichtete der Vorsitzende Roger W. Ferguson dem Internationalen Währungs- und Finanzausschuss des IWF in Washington D.C. vom FSF-Treffen.

Zehnergruppe

Auf Anfrage ihrer stellvertretenden Finanzminister und Zentralbankpräsidenten erstellte die Zehnergruppe einen *Bericht über die demografische Alterung und Reformen der Rentensysteme sowie die entsprechenden Auswirkungen auf die Finanzmärkte und die Wirtschaftspolitik*. Der Bericht beleuchtet, inwiefern sich die Rentensysteme gegenwärtig angesichts der Verschlechterung der Altersstruktur der Bevölkerung verändern. Hervorgehoben wird insbesondere, dass vermehrtes Gewicht auf die private (also nicht staatliche) Altersvorsorge gelegt wird und dass in einigen Fällen leistungsorientierte Rentenversicherungssysteme durch beitragsorientierte Systeme ersetzt werden. Durch die derzeitigen Veränderungen der staatlichen und privaten Rentensysteme und die grössere Bedeutung von Pensionsfonds dürfte sich der Einfluss des Altersvorsorgesparens und entsprechender Kapitalflüsse an den Finanzmärkten deutlich erhöhen. Angesichts des beträchtlichen und weiter steigenden Umfangs der Portfolios von Pensionsfonds könnten beispielsweise Veränderungen in der Aufteilung des Anlagevermögens dieser Institutionen, die sich durch die Weiterentwicklung der jeweiligen Anlagestrategie oder durch neue Rechnungslegungs- und Aufsichtsvorschriften ergeben, Höhe und Volatilität der Preise von Vermögenswerten beeinflussen.

Die Schlussfolgerungen des Berichts beziehen sich auf i) Aufsicht und Regulierung, ii) das Angebot geeigneter Finanzinstrumente und iii) den Schutz der Rentenempfänger und deren Versiertheit in Finanzangelegenheiten. Erstens sind Aufsichts- und Regulierungsinstanzen gefordert, und zwar bei der Festlegung von Standards zur Verbesserung von Risikomanagement, Transparenz, Führungs- und Überwachungsmechanismen sowie Rechnungslegung in Pensionsfonds, aber auch bei der Förderung der Kohärenz von Mittelbeschaffung und Aufsichtsvorschriften.¹ Zweitens könnte von staatlicher Seite die Schaffung neuer Finanzmarktsegmente mit besonderem Nutzen für das Altersvorsorgesparen und das Erbringen von Rentenleistungen angeregt werden. Beispiele wären hier sehr langfristige Papiere und Indexanleihen, aber auch Instrumente mit Gewinnausschüttung wie Renten- und flexible Immobilienprodukte. Drittens kommt – angesichts der zunehmenden Verlagerung der Risiken hin zu den privaten Haushalten – dem Schutz von Rentenempfängern grosse Bedeutung zu, und es gilt sowohl deren Versiertheit in Finanzangelegenheiten als auch entsprechende Beratungsangebote zu verbessern.

Jüngste Änderungen von Rentensystemen ...

... und ihre Auswirkungen auf die Finanzmärkte

Bedeutung für Aufsicht und Regulierung ...

... für die Schaffung langfristiger Instrumente ...

... und für den Schutz der Leistungsempfänger von Rentensystemen

¹ Eine Möglichkeit wären hier geeignete steuerliche Anreize.

Wichtigste Initiativen des BCBS, des FSF und der G10			
Pressemitteilungen und Veröffentlichungen im Berichtszeitraum			
Gremium	Initiative	Thema	Veröffentlicht
BCBS	<i>Validierung von Portfolios mit niedriger Ausfallrate im Rahmen von Basel II</i>	<ul style="list-style-type: none"> Klarstellung zur angemessenen Behandlung von Portfolios, bei denen nur wenig Verlustdaten vorliegen, unter dem IRB-Ansatz 	September 2005
	<i>Erläuterungen zu QIS 5</i>	<ul style="list-style-type: none"> Veröffentlichung von Templates des QIS-5-Workbooks, einer Anleitung, einem Fragebogen zur Datenqualität und einer Sammlung von Fragen und Antworten 	
FSF	<i>14. Sitzung in London</i>	<ul style="list-style-type: none"> Diskussion der gegenwärtigen Stärken und Schwächen des Finanzsystems und der laufenden Bemühungen zur Verbesserung der Finanzstabilität. Schwerpunkte: Risikomanagementpraxis, Lehren aus früheren Liquiditätskrisen der Märkte, Umsetzung von Standards und Kodizes, Fragen im Bereich der Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfung sowie Rückversicherung 	September 2005
G10 ¹	<i>Bericht über die demografische Alterung und Reformen der Rentensysteme; Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten</i>	<ul style="list-style-type: none"> Verschlechterung der Altersstruktur und Reformen der Rentensysteme: Auswirkungen auf die Finanzmärkte und die Wirtschaftspolitik 	September 2005

¹ Der italienische Wirtschafts- und Finanzminister Giulio Tremonti wurde für das kommende Jahr zum Vorsitzenden der G10 ernannt.
Quellen: www.bis.org und www.fsforum.org. Tabelle 1

Die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der G10 diskutierten den Bericht anlässlich ihres Treffens am 25. September. Grundsätzlich hielten sie fest, dass die zu ergreifenden Massnahmen Kompromisse beinhalten können, beispielsweise zwischen der freien Wahl von Anlagemöglichkeiten und einer wirksamen Aufsichtsregelung oder zwischen der Ertragsmaximierung und der Gewährleistung eines sicheren Renteneinkommens. Angesichts dieser Zielkonflikte die richtige Lösung zu finden sei vor allem eine Frage der gesellschaftlichen Prioritäten, und es sei nicht zu erwarten, dass sich alle Länder gleich entscheiden würden.